

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und
Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-33 17
Telefax (0611) 31-39 02
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiterin: Herr Neubert
E-mail: hansjürgen.neubert@wiesbaden.de
Wiesbaden, 2/2/2006 12:48:00 PM

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 07.02.2006, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

Tagesordnung 1

1. Fragen an den Ausschuss
2. **06-F-02-0001**
Mautausweichverkehr unterbinden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.01.2006 -

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Mit dem Beschluss 824/05 des Bundesrates vom 21.12.2005 über die 15. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung ermächtigt dieser die zuständigen Verkehrsbehörden, bereits ab dem 1. Januar 2006 Beschränkungen oder Verbote für den LKW-Durchgangsverkehr auf solchen Strecken anzuordnen, die bevorzugt von LKW-Maut-Flüchtlingen benutzt werden. Betroffene Strecken können mit dem jetzt neu eingeführten Zusatzzeichen "Durchgangsverkehr" sowie dem Zusatzzeichen „12 t“ gesperrt werden.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen wird der Magistrat gebeten

- a) zu berichten, wie er die für das Ende 2005 avisierten Verkehrszählungen im Bereich der B 417

- b) in Bezug auf den dort stattfindenden Mautausweichverkehr bewertet,
darzustellen, unter welchen Bedingungen die oben genannte Verordnung in Wiesbaden
realisiert werden kann und diese schnellstmöglich an den nachweislich betroffenen
Schwerpunkten im Stadtgebiet (z. B. B 417 und B 455) umzusetzen.

3. 06-F-01-0006

Maut-Ausweichverkehr im Stadtgebiet

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2006 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Mit der Änderung des § 45 der Straßenverkehrsordnung vom Dezember 2005 wird den
Bundesländern ein wirksames Mittel zur Eindämmung des Maut-Ausweichverkehrs an die Hand
gegeben, wenn die Bevölkerung durch diesen erheblich höheren Belästigungen ausgesetzt ist.

Der Magistrat wird deshalb gebeten zu berichten, was er beim Land Hessen unternommen hat, um
auf der Grundlage des § 45 Abs. 1 Punkt 3 und § 45 Abs. 9 StVO die bekannten Maut-
Ausweichstrecken B 455 und B 417 im Wiesbadener Stadtgebiet für den überregionalen
Schwerlastverkehr zu sperren, bzw. wann mit einer Sperrung zu rechnen ist.

4. 06-F-02-0002

Standsicherheit von Sonderbauten nachhaltig suchen

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.01.2006 –

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Die Katastrophe in Bad Reichenhall hat die Öffentlichkeit betroffen gemacht und alle Verantwortlichen
aufgeschreckt. Auch in Wiesbaden gibt es eine Vielzahl von Sonderbauten gem. § 2 Abs. 8 HBO (z.
B. Sportstätten, Bürgerhäuser, öffentliche Versammlungsstätten, Schulen, Kindergärten und –horte,
Verwaltungsgebäude, etc.), die in städtischer Hand liegen und deren Standsicherheit und
Materialbeständigkeit durch die Stadt sichergestellt werden muss. Nur wenn diese in regelmäßigen
Abständen auf den baulichen, statischen und sicherheitstechnischen Zustand geprüft werden, kann
eine Katastrophe wie in Bad Reichenhall vermieden werden.

Daher wird der Magistrat gebeten zu berichten,

- ob und nach welchen Kriterien in städtischer Hand befindliche Sonderbauten, insbesondere in Bezug
auf mit der Zeit auftretende statische Mängel und mögliche Materialermüdungen, kontrolliert werden,
- in welchen Zeitintervallen diese Kontrollen stattfinden,
- ob das zuständige Amt für Bauaufsicht neben den gesetzlich vorgeschriebenen Terminen auch

Anlassprüfungen außerhalb der festgelegten Zeiträume vornimmt und wenn ja, aufgrund welcher Anlässe,

- wie der Magistrat die Möglichkeit bewertet, die gesetzlich bestehenden Zeitintervalle in Wiesbaden zu verkürzen und

- ob aus der Sicht des Magistrat die bisherige Selbstkontrolle ausreicht oder ob er einen regelmäßigen „Gebäude-TÜV“ als ein sinnvolles Instrumentarium zur Vermeidung möglicher Katastrophen ansieht.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten,

- den Ausschussmitgliedern eine Liste aller in städtischer Hand befindlichen Sonderbauten, mit Angaben über die letzte durchgeführte Prüfung, mögliche festgestellte Mängel und den Termin der nächsten Gebäudeprüfung zeitnah zur Verfügung zu stellen sowie

- die bisher durchgeführten Prüfungen so zu verschärfen und ggf. zusätzliche Kontrollen durchzuführen, um zu gewährleisten, dass die Wiesbadener Einrichtungen auf Dauer sicher sind, sowie

darauf hinzuwirken, dass auf Bundes- und Landesebene die entsprechenden rechtlichen Vorgaben – gerade im Bereich der statischen Überprüfung – nivelliert werden.

5. 06-F-03-0002

Illegale Anbauten in der Thomaestraße 1

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 25.1.2006

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, den Ausschuss über
 - Art und Umfang der Genehmigungen und der Überschreitungen der Genehmigungen für die Anbauten an der neobarocken Villa in der Thomaestraße 1,
 - den Ablauf der Baustellenstilllegung,
 - den derzeitige Sachstand des Verfahrens und die eingeleiteten Maßnahmen zur Herstellung eines denkmalchutz- und genehmigungskonformen Zustandes zu informieren.

2. Der Ausschuss erwartet, dass Bauaufsicht und Denkmalschutz gegenüber dem Bauherren bei der Beurteilung der festgestellten rechtsrelevanten Abweichung von der Baugenehmigung dem Ensembleschutz der Gebäude in der Thomaestraße 1 bis 3 bei allen Abwägungen oberste Priorität einräumt. Will die Stadt an ihrem Ziel, Weltkulturerbe zu werden, festhalten, darf sie illegale Anbauten an denkmalgeschützten Gebäuden keinesfalls dulden.

Um sicherzustellen, dass die Bauaufsicht der Landeshauptstadt Wiesbaden ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommt, wird der Magistrat gebeten, dem Ausschuss die personelle und organisatorische Situation der Bauaufsicht darzustellen und zu erläutern, ob die Bauaufsicht künftig bei derartigen Verstößen rechtzeitig und mit dem

gebotenen Nachdruck reagieren kann.

6. 05-F-01-0098

ANLAGE

Sachstandsbericht Rhein-Main-Hallen
- Beschluss Nr. 0280 vom 06.12.2005

7. 06-F-03-0003

Kooperation mit dem Rheingau-Taunus-Kreis im ÖPNV-Sektor
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.1.2006 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Bereits seit Jahren wird die Notwendigkeit einer verbesserten Zusammenarbeit mit den Rheingau-Taunus-Kreis gesehen. Jetzt endlich zeichnen sich nach langwierigen Gesprächen mit Kreis erste Ergebnisse ab, die bisher nur in Fragmenten öffentlich bekannt sind.

Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss über die genauen Inhalte und die Ergebnisse der Gespräche zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis zur Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit und der Effektivität des ÖPNV-Angebotes in der Region zu berichten.

Dabei sind folgende Aspekte detailliert darzustellen:

- Aufgaben und Zusammensetzung der vereinbarten Arbeitsgruppe,
- Zeitplan und Konzeption der gemeinsamen Nahverkehrsgesellschaft und Begründung der erwarteten Synergien und Angebotsoptimierungen,
- Konkretisierung der Pläne für die Buslinien Wiesbaden - Taunusstein - Bad Schwalbach und Wiesbaden - Idstein,
- Maßnahmen zur Anpassung der An- und Abfahrtszeiten der Buslinie Wiesbaden - Niedernhausen an den Fahrplan der Bahn,
- Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste auf den Linie 10 (Wiesbaden- Rheingau) und 21 (Ländchesbahn),
- Verbesserung der Anbindung des Rheingau-Taunus-Kreises und der LHW an den Flughafen Frankfurt,
- Aktivitäten im Hinblick auf Kooperationen mit anderen benachbarten Gebietskörperschaften.

8. 06-F-03-0004

Einrichtung eines Fußgängerüberwegs am Hinkelhaus in Auringen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2006

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob am Hinkelhaus in Auringen ein Fußgängerüberweg vom Bahnhaltepunkt zur Bushaltestelle eingerichtet werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die dort geltende Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h auf 50 km/h reduziert werden kann.

Diese Maßnahmen erscheinen erforderlich, da täglich zahlreiche Schulkinder sowie Besucher des Hinkelhauses die Straße zwischen Auringen und Medenbach gefahrlos überqueren müssen.

9. 06-F-03-0005

In Wiesbaden geltendes Rheinland-Pfalz-Ticket auch in Wiesbadener Bussen anbieten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2006

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH einzuwirken, das Rheinland-Pfalz-Ticket auch in den Wiesbadener Bussen zum Verkauf anzubieten.

Das Ticket ist seit dem Fahrplanwechsel auch in Wiesbaden gültig und stellt ein attraktives Angebot dar, weil es eine deutliche Tarifvereinfachung bietet und weil es besonders Familien und Gruppen bis zu fünf Personen preiswerte Mobilität in die südlich und westlich von Wiesbaden gelegenen Regionen ermöglicht.

10. 06-F-03-0006

Beeinträchtigungen der Geschäfte in der Grabenstraße während der Bauarbeiten minimieren!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2006

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Ausschuss bittet um Informationen zu den aktuellen Planungen und Bauabläufen im Bereich Grabenstraße.
2. Angesichts des nun bekannt gewordenen Umstandes, dass das Höhenniveau der Grabenstraße an den Landtagsneubau angepasst werden muss, ist sicher zu stellen, dass der Lieferverkehr auch während der Bauzeit so reibungslos wie möglich abläuft. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Geschäfte, die mit großformatigen Euro-Paletten beliefert werden, durchgängig erreicht werden.

3. Der Ausschuss bittet um Informationen zu der geplanten Platzpflasterung und -möblierung, insbesondere hinsichtlich der potentiellen Wiederverwendung des aufgenommenen Pflasters bzw. der Art und Finanzierung einer potentiellen Neupflasterung. Außerdem stellt sich die Frage, ob den Geschäften Fundamente für fest verankerte großformatige Sonnenschirme zur Verfügung gestellt werden können.
4. Der Ausschuss bittet darüber hinaus um Informationen hinsichtlich des geplanten Lichtkonzeptes für den künftig erweiterten Platz, insbesondere in Hinblick auf die Vermeidung dunkler Ecken.

11. 04-F-02-0057

Projekte "Soziale Stadt"
Bericht des Magistrats über die Fortführung von Projekten aus dem Bereich
Stadt-, Bau- und /oder Verkehrsplanung

12. 06-V-66-0200

DL 08/06-6

Bewohnerparken; Ausweisung weiterer Gebiete

13. 05-V-61-0052

DL 05/06-2, 02/06-13

Bebauungsplan " Wellritztal - 1. Änderung (Ergänzendes Verfahren nach § 215a
BauGB) " in Wiesbaden -
Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre

14. 05-V-61-0048

DL 01/06-10

Beschluss über die Teilaufhebung des Bebauungsplanes "Hauptpost -
Hauptbahnhof" (Wiesbaden 1971/9) im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss -

15. 05-V-61-0049

DL 02/06-12

Bebauungsplan "Sauerland - 6. Änderung - Zentrum und Langeooger Straße" im
Ortsbezirk Wiesbaden-Dotzheim

16. 05-V-61-0037

DL 05/06-1, 01/06-9

Bebauungsplanentwurf "Hermannsberg/Simmler" im Ortsbezirk
Wiesbaden-Frauenstein - Satzungsbeschluss

17. 05-V-61-0012 DL 08/06-3, 07/06-1,06/06-1

Bebauungsplan "Ortskern Sonnenberg" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Beschluss zur 2. öffentlichen Auslegung

18. 05-V-61-0040 DL 07/06-2, 06/06-2

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Auf den Erlen - Süd" im
Ortsbezirk Auringen;
Feststellungsbeschluss

19. 06-V-61-0001 DL 07/06-10,06/06-10

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Südlich der
Friedrich-List-Schule" im Ortsbezirk Südost;
Feststellungsbeschluss

20. 06-V-61-0002 DL 07/06-11,06/06-11

Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) "Südlich der Friedrich-List-Schule" im
Ortsbezirk Südost;
Satzungsbeschluss

21. 06-V-61-0003 DL 07/06-12,06/06-12

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nahversorgung Breckenheim"
im Ortsbezirk Breckenheim;
Feststellungsbeschluss

22. 06-V-61-0004 DL 07/06-13,06/06-13

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Nahversorgung Breckenheim" im
Ortsbezirk Breckenheim;
Satzungsbeschluss

23. 05-A-15-0004

ANLAGE

Sauberkeit/Beschaffenheit der Fahrradwege - Stadtgebiet Wiesbaden
- Eingabe -

24. Verschiedenes

Tagesordnung 2

1. 06-V-01-0001

DL 04/06-13

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 52.
Sitzung am 17.11.2005

2. 06-V-01-0002

DL 04/06-14

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 53.
Sitzung am 07.12.2005

3. 05-V-36-0043

DL 44/05-2 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 29.09.2005

4. 05-V-20-0052

DL 44/05-4

Anbau von Gemeinschaftsräumen an die Sporthalle der Theodor-Fliedner-Schule;
Genehmigung von Mehrkosten

5. 05-V-61-0020

DL 44/05-11,12/05-15

Einstweilige Sicherstellung Landschaftsschutzgebiet "Inselrhein"

- 6. 06-V-64-0001** **DL 04/06-19**
Abwicklung SNB 2005 Wiesbaden und AKK
- 7. 05-V-66-0228** **DL 44/05-12**
Balthasar-Neumann-Straße;
Erweiterung des Parkplatzes am Berufsschulzentrum
- 8. 05-V-66-0237** **DL 08/06-5**
Tempo 30, In der Witz und Zebrastreifen Ludwigsplatz, Mainz-Kastel
- 9. 05-V-66-0239** **DL 01/06-11**
Ersatzbeschaffung von Lichtsignalanlagen in den Jahren 2006 und 2007
- 10. 05-V-66-0329** **DL 01/06-12**
Theodor-Heuss-Brücke in Mainz-Kastel;
Brückenhauptprüfung und Folgemaßnahmen
- 11. 05-V-80-2360** **DL 01/06-13**
Gemeinsame Vermarktung LHW und Land Hessen der Altliegenschaften im Bereich altes Polizeipräsidium Wiesbaden sowie Platz der deutschen Einheit;
Beschluss Nr. 0383 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2005
- 12. 06-V-80-2301** **DL 07/06-1 NÖ, 06/06-15 NÖ**
Rahmenvereinbarung und Verkauf des Grundstücks Ferdinand-Heyl-Weg an die Terrain Aktiengesellschaft Herzogpark

Seite 10 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am
07.02.2006

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe
der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls
Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung
vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender